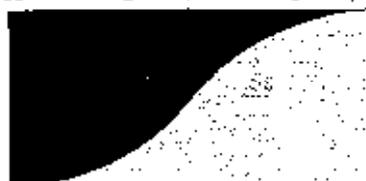


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 ppbn d



Inhalt

Annemarie Renger MdB,
Vizepräsidentin des Deut-
schen Bundestages, zur
Lage Israels in der heuti-
gen Zeit. Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier
MdL, Vorsitzende der Kom-
mission für Bildungspoli-
tik beim SPD-Vorstand,
wertet den Bericht der
Hochschulrahmengesetz-
Kommission. Seite 3

Horst Peter MdB analysiert
die Rolle Michael Kühnens
und seiner Gruppierung für
die generelle Entwicklung
des Neo-Faschismus in der
Bundesrepublik. Seite 4

Klaus Immer MdB: Wie man
die Dorferneuerung in ihr
Gegenteil verkehren kann.
Seite 7

39. Jahrgang / 17

24. Januar 1984

Kohl ist auf seiner Israel-Reise Erfolg zu wünschen

Der Bundeskanzler kann auf einem Fundament guter Beziehun-
gen aufbauen

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Mit dem Besuch Bundeskanzler Kohls in Israel beginnt keine neue Epoche im deutsch-israelischen Verhältnis, denn der Kanzler kann auf einem breiten Fundament guter Beziehungen aufbauen. Getrübt waren diese Beziehungen für längere Zeit nicht zwischen den Deutschen und Israelis, sondern durch die unqualifizierten Angriffe des damaligen Regierungschefs Begin gegen Bundeskanzler Schmidt im Zusammenhang mit dessen Besuch in Riad. Hierdurch entstand eine Verstimmung, die den lange zuvor geplanten Besuch Helmut Schmidts in Israel nicht mehr als opportun erscheinen ließ.

Bundeskanzler Kohl betont, daß mit ihm zum ersten Mal ein Bundeskanzler nach Israel kommt, der einer Generation angehört, die für die Hitlerverbrechen nicht in die Verantwortung mit einbezogen werden kann. Dennoch ist eine Reise nach Israel immer eine Reise in die Vergangenheit der Geschichte von Deutschen und Juden; sie wird den Bundeskanzler auf Schritt und Tritt begleiten, und Yad Vashem macht eindringlich klar, daß die Überlebenden des Holocaust ein Recht auf einen Staat haben, dessen Existenz in seinen Grenzen gesichert ist.

Aus dieser Geschichte kann niemand aussteigen. In ihr sind die besonderen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel begründet. Das heißt gewiß nicht, daß man der israelischen Regierungspolitik unkritisch gegenüberstehen oder sie billigen müßte. So ist es legitim darauf hinzuweisen, daß die Bundesrepublik Deutschland auch die Weiterentwicklung guter Beziehungen zu den arabischen Staaten als einen Beitrag zur Befriedung in dieser Region ansieht, deren Spannungen sich ja nicht nur auf Israel, sondern auch weltpolitisch belastend auswirken.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verlagsgesellschaft
mit vermehrte Rotations-
Anzahlungen



Die außerordentlich schwierige Lage in der Nahost-Region muß jeden Vernünftigen zu besonderer Sorgfalt in politischen Äußerungen veranlassen. Umso weniger Verständnis kann man für die sich ständig wiederholenden plumpen Einmischungen des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Möllemann, aufbringen. Sie sind weiß Gott keine gute Begleitmusik für den Besuch des Bundeskanzlers und sollten von ihm auf das Augenmaß des Verursachers zurückgeführt werden.

Entscheidend ist, daß man das Sicherheitsbedürfnis, ja das Sicherheitstrauma Israels begreift, das durch die arabischen Angriffskriege schon im Gründungsjahr des Staates 1948 und dann erneut in den Jahren 1967 und 1973 herausgefordert wurde.

Unter großen Opfern hat die Jugend Israels ihr Land verteidigt. Mit dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel wurde ein neues Kapitel jüdisch-arabischer Beziehungen aufgeschlagen, eine Voraussetzung für den Camp David-Prozeß und die Glaubwürdigkeit der Friedensbemühungen. Das gilt sowohl für die arabische als auch für die israelische Seite.

Israel hat - das ist über den Libanon-Konflikt ganz in Vergessenheit geraten - mit der Aufgabe strategischer Positionen am Suezkanal, der Rückgabe der übrigen Sinai-Halbinsel und ihren Ölquellen zuverlässig seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Ägypten erfüllt und damit seinen Willen zu Frieden und Entspannung bekundet. Auch für die Zukunft haben wir keinen Grund anzunehmen, daß sich Israel ernsthaften Friedensangeboten verschließen wird. Wir sollten uns deshalb auch nicht besserwisserisch in Angelegenheiten mischen, die ja nicht wir, sondern die existenziell Betroffenen auszutragen haben. Insbesondere aber muß angesichts der weitreichenden Auswirkungen des Nahostkonflikts vermieden werden, durch einseitige Einflußnahme oder gar Waffenlieferungen die Spannungen in der Region zu verschärfen.

Die Reise des Bundeskanzlers könnte deutlich machen, daß die Deutschen die ihnen zu Gebote stehenden politischen Möglichkeiten nutzen, ihrer moralischen Verpflichtung gegenüber Israel sowohl in den bilateralen Beziehungen, als auch auf internationalem Felde gerecht zu werden. Diese Einstellung entspricht zudem unserem Bewußtsein von den gemeinsamen Grundwerten, die demokratische Staaten miteinander verbinden.

Es ist zu wünschen, daß die Reise des Bundeskanzlers den erhofften Erfolg bringt.
(-/24.1.1984/ks/va)

+ + +



Die "alten Eliten" wittern Morgenluft

Hochschulrahmengesetz-Kommission auf dem Marsch in die Vergangenheit

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Vorsitzende der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD

Der Bericht der "Hochschulrahmengesetz-Kommission", der im Auftrag des Bildungsministeriums erstellt wurde, geht in seinem Vorschlagsteil deutlich über seinen Untersuchungsauftrag, eine Analyse der Erfahrungen über das Hochschulrahmengesetz zu geben, hinaus. Die vorwiegend konservativ besetzte Kommission hat in vielen Vorschlägen ihre Unzufriedenheit mit der sozialen Öffnungspolitik an den Hochschulen in den letzten 20 Jahren deutlich durchblicken lassen.

Dazu gehört zum Beispiel der Vorschlag, die "Förderung der Drittmittelforschung" zu verbessern, das heißt der sozial und politisch unkontrollierte Einfluß der Wirtschaft auf die Hochschulforschung soll noch größer werden. Die Mehrheit der Professoren in allen "wichtigen" Universitätsgremien soll wieder hergestellt werden, darüber hinaus sollen bundesweite Ansätze von Studienreform und weitere Einrichtungen von Gesamthochschulen nicht mehr möglich sein.

Hier versucht eine Gruppe von Interessenvertretern den Einfluß zurückzugewinnen, den sie in den Jahren der sozial-liberalen Koalition verloren hat. Diese "alten Eliten" versuchen, gegen das Votum aller im Hochschulbereich aktiven und vorhandenen Institutionen, aber dem erzkonservativen Hochschulverband, ihre Macht zu restaurieren.

Die meisten Vorschläge sind überflüssig, weil sie an den derzeitigen Problemen der Hochschulen wie

- permanente Überlast, das heißt zunehmende Verschlechterung des Studenten/Lehrenden-Verhältnisses bei der Personalausstattung
- Veralten des Forschungsapparates durch fehlende Etatmittel und
- Ausbluten der Hochschuletats insgesamt keine kurzfristige und wirksame Entlassung bieten können.

Mit diesen Vorschlägen werden die Universitäten mit ihren Problemen allein gelassen.

Ich begrüße es allerdings, daß die Bundesbildungsministerin es vermieden hat, für die aufgestellten Vorschläge Partei zu ergreifen. Daß auf unser Drängen hin die Ministerin diese Vorschläge noch einmal mit den Bundesländern und den betroffenen Organisationen diskutieren will, läßt darauf hoffen, daß sie jetzt vor den Kräften die sie rief, Angst bekommen hat. Ich wünsche ihr, daß dieser Bericht in den wissenschaftlichen Archiven sein Ende findet.

Hätte Frau Wilms unsere Warnungen vor dieser überflüssigen Kommission ernster genommen, hätte viel Kraft und Energie der Hochschulen und Ministerien zur Lösung der Probleme von Überlast und Numerus Clausus verwendet werden können. (-/24.1.1984/ks/va)

+ + +



Der Neo-Faschismus hat keinen Anspruch auf Toleranz

Michael Kühnen und seine Gruppierung - Kristallisationspunkt einer Bewegung

Von Horst Peter MdB

Während Zimmermann die politische Kultur dieses Landes in das Korsett bayrischer "Liberalität" zwingen will, und sich sein Staatssekretär Spranger mit Hilfe einer Übelbeleumundeten Organisation Weltläufigkeit erwerben will, betätigt sich der Bundeswehrleutnant a.D. Kühnen ungeniert und an sich ungestört als selbsternannter Nachfolger der faschistischen Mordbuben der Vergangenheit und Anführer und Propagandist einer verbrecherischen Vereinigung der Zukunft. Vor 1933 konnten die Vorbilder Kühnens groß werden, weil die Justiz auf dem rechten Auge blind war, die Exekutive mit den Augen zwinkerte und gegenüber den Faschisten Nachsicht übte. Kühnen agiert mit derselben Dreistigkeit und Frechheit, die schon das faschistische Gelichter der Vergangenheit auszeichnete, man denke an Hitlers Legalitätsschwüre, die von ihm wohl als "germanische List" verstanden wurde. Die Geschichte scheint sich zu wiederholen, noch nicht als Tragödie, aber schon wieder als Justiz-Farce.

Wiederum sehen die Behörden dem Treiben von Faschisten mit Langmut zu. Kühnen wurde 1979 in Celle (!) zu vier Jahren Haft unter anderem wegen Volksverhetzung verurteilt. Ende 1982 wurde er mit der Bewährungsaufgabe, sich nicht mehr politisch zu betätigen, vorzeitig entlassen. So wie er danach die Öffentlichkeit und die Justiz provozierte, ohne daß diese handelte, so provozierte die Justiz mit ihrem Verhalten - und auch die Exekutive - die Öffentlichkeit und die Demokraten dieses Landes:

- Nach seiner Entlassung knüpfte er sofort wieder Verbindungen mit seinen Mittätern, die auch während seiner Haftzeit nie richtig abgerissen waren;
- er veranstaltete im April 1983 ein überregionales Nazi-Treffen in Bergzabern;
- er beteiligte sich am Stahlhelm-Treffen am 18. Juni 1983 in Celle (!);
- er wurde am 10. Dezember 1983 in Rüsselsheim, am 9. November 1983 in München und bei einem Grenzübertritt auch von österreichischen Grenzbehörden festgenommen, jedesmal bewaffnet;
- er war an der Vorbereitung der Aktionen der Faschisten anlässlich des Fußball-Länderspiels Deutschland-Türkei in Berlin beteiligt;
- auch das Verbot seiner Organisation ANS/NA rührte ihn nicht sonderlich an, am 9. Januar 1984 verhaftete ihn die Polizei in Emden bei einem Versuch der Neuorganisation und ließ ihn wieder laufen.

Bei jedem Hühnerdieb wäre nach einem Verstoß gegen die Bewährungsaufgaben die Bewährung unter Wehgeschrei der Rechten über den laxen Strafvollzug widerrufen worden; nicht so bei Michael Kühnen, der wahrlich kein Hühnerdieb ist. Quasi unter den Augen des Celler Gerichtes, das ihn verurteilte, tritt er auf, als wolle er zeigen, daß die Demokraten dieses Landes unbelehrbar sind und daß man ihrer "Humanitätsduselei" auch wirklich trauen kann.

Das Verbot der Kühnen-Organisation ANS/NA hat seine eigene Geschichte: Zimmermann mußte zum Verbot, so von NRW-Innenminister Schnoor, gedrängt werden. Noch am 11. September 1983 (Marsch zur Feldherrnhalle, antijüdische Progrome 1938), Kühnen war gerade einmal wieder verhaftet worden, wies das Bundesinnenministerium Schnoors Verbotsforderung beleidigt und entrüstet zurück. Bei diesem Verbot kommt ohne weiteres



der Verdacht auf, daß es so zu beurteilen ist, wie viele andere Maßnahmen des Ministers Zimmermann, Waldsterben und Luftreinhaltung, Auto-Entgiftung. Ein erster harter, beifallsheischender öffentlicher Auftritt des Ministers mit viel Glockengeläut, aber getretener Quark wird breit und nicht stark. Es bleibt bei heißer Luft, viel Lärm um nichts.

Keineswegs so quarkig, butterweich, wie Innenminister und Justizbehörden mit Kühnen und seiner Organisation umgehen, ist diese Gruppe selbst. Sie unterscheidet sich wesentlich von den bisher bekannten Nazi-Organisationen in der Bundesrepublik. Es ist keine Alt-Herren-Organisation wie die HIAG, in der die Schergen Hitlers ihre Vergangenheit betrauern und idealisieren, und es ist keine kastrierte, zivile NPD. Ihre Existenz wirkt ermutigend, ihre Existenz beleidigt die Opfer des Faschismus und die zivilisierte Welt, aber ihnen fehlt die kriminelle Energie.

Kühnen will den klassischen, authentischen Faschismus wiederbeleben und organisieren, die ANS/NA gehen weit über eine Traditionsorganisation hinaus. Die ANS/NA sind der Kern einer faschistischen Massenbewegung der Zukunft.

Kühnen sammelt wie die historischen Faschistenhäuptlinge den Bodensatz der Gesellschaft, die Entwurzelten, die Deklassierten, die "Landsknechttypen", die aktivistische Sturmtruppe. Wie sich die Perle um einen eingedrungenen Dreckpartikel bildet, wird daraus in bestimmten politischen Situationen durch Zulauf von an sich anständigen Bürgern eine faschistische Massenorganisation entstehen.

Die politische Taktik dieser Kern-Organisation ist mangels einer originären politischen Ideologie die provokative Aktion, die Inszenierung von Masse und Gewalt, die "Ästhetisierung der Politik", wie es Walter Benjamin definierte. Der Faschismus benötigt die Öffentlichkeit für diese auf äußerliche Wirkung angewiesene und angelegte Politik; eine verdeckt arbeitende faschistische Formation ist ein Widerspruch in sich selbst, sie hat zwar noch die Kraft zu terroristischen Aktionen, aber sie ist zur politischen Wirkungslosigkeit und zum Zerfall verurteilt.

Kühnen, dem zugestanden werden muß, einer der wenigen politisch intelligenten Köpfe des Faschismus zu sein, hat dieses Problem sehr wohl verstanden und die politische Taktik seiner Organisation oftmals in Interviews erläutert. Seine Truppe benötigt für den inneren Zusammenhalt und als Voraussetzung für Existenz und Wirkung die "sozialisierende" Erfahrung der Ablehnung in Aktion und Kommunikation.

Kurt Schumacher hat in seiner Reichstagsrede vom 23. Februar 1932 den Charakter faschistischer Politik, den Zwang zur Inszenierung von Politik, weil es im Grunde Nicht-Politik ist, den Appell an Dummheit, Feigheit, Gemeinheit und dumpfes Ressentiment, treffend beschrieben. Dem Faschismus fehle "jede geistige und wissenschaftliche Fundierung", der Faschismus sei "dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen", ihm sei erstmals "die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen".

Faschismus ist eine strukturelle Gefahr für jede bürgerliche Gesellschaft. In bestimmten historischen Phasen können latente autoritäre, "faschistoide" Tendenzen aktualisiert und mobilisiert werden, von einer als Kern vorhandenen Gruppe, die sich zur faschistischen Bewegung ausweitet. Sie kann aber erst im Zusammenspiel mit den sozialen und politischen Eliten zur Macht gelangen. Eine akute faschistische Gefahr gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht, auch wenn die Kerne des Faschismus vorhanden sind.

Gefährlich ist das Treiben der Konservativen in diesem Lande. In ihrem Bemühen, rechte Wählerpotentiale restlos auszuschöpfen und die Opposition an die Wand zu drücken, wirken sie als Förderer einer dem Faschismus nützlichen Mentalität, wenn sie Demokraten ausgrenzen und verteufeln (Strauß), wenn sie für die Verjährung faschistischer Verbrechen eintreten, wenn sie fordern, daß das deutsche Volk ein Recht auf Vergessen habe, wenn sie die strafrechtliche Verfolgung der Verbreiter der "Auschwitzlüge" verbummeln, wenn sie die Liberalisierung des Paragraph 218 mit Auschwitz vergleichen und wenn sie NPD-Stimmen bei der Wahl zum Bundespräsidenten einkalkulieren, oder wenn sie wie Geißler die Opfer des Faschismus verantwortlich machen. Damit und mit ihrem Nichts-



Tun werden sie, ähnlich wie die Eliten der Weimarer Republik, durch Unterlassen zu fahrlässigen Protektoren des Faschismus. Ansonsten ist derweil die Bundesrepublik mit einem stabilen politischen System und einer kommoden Mehrheit der Rechten ausgestattet.

Für eine rigorose Verfolgung der Faschisten durch Justiz und Polizei, besonders der ANS/NA, spricht:

- der antifaschistische Grundkonsens und Auftrag der Verfassung;
- die Tradition des Faschismus als terroristische, verbrecherische Organisation, und wer den Faschismus wiederorganisieren will, stellt sich in diese Tradition -, und Kühnen hat sich selbst zu dieser Tradition bekannt;
- die bisherige Straffälligkeitsbilanz Kühnens.

Doch die bisherigen konservativen Regierungen der Bundesrepublik mußten immer zu konkretem antifaschistischem Handeln gezwungen werden, wenn sie nicht derartige Maßnahmen zur taktischen Verschleierung oder im Rahmen "antitotalitärer" Gleichbehandlung nutzen wollten (SRP/KPD-Verbot). Es ist ein notgedrungenen Antifaschismus, die antifaschistische Grundforderung der Verfassung leidet Not unter diesen Regierungen.

Das begütigende, verschleiernde, verharmlosende (Strauß über die Wehrsportgruppe Hoffmann!), nachlässige Verhältnis der Konservativen gegenüber dem organisierten Faschismus in der Bundesrepublik entspricht ihrem Verhältnis gegenüber dem historischen Faschismus (Strauß: Generalamnestie), und es entspricht dem Verhalten der liberalen, konservativen und reaktionären Eliten in der Weimarer Republik.

Die Kumpanei der Eliten mit dem Faschismus verhalf diesen zur Macht und machte Auschwitz möglich; die nach 1945 wiederbelebten Eliten haben zu verantworten "daß der Faschismus nachlebt; daß die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit nicht gelang und zu ihrem Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen, ausartete, rührt daher, daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die Faschismus zeitigten,, denn aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen". (T.W. Adorno).

Der Faschismus ist keine auf Deutschland begrenzte Bewegung. Aber in Deutschland gewann er seine reinste Form und die Fähigkeiten und Möglichkeiten, die fürchterlichsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit, den industriellen Menschenmord, zu veranstalten.

In seinen Zielen und Methoden die direkte Gegenbewegung, die Verneinung der abendländischen Zivilisation, der Aufklärung und der europäischen Geschichte der letzten Jahrhunderte, gibt es für den Faschismus in der Welt und besonders in Deutschland keinen Platz. Mit dem Faschismus kann es keine "geistige" oder "politische" Auseinandersetzung geben, keinen politischen Toleranzspielraum und kein Opportunitätsprinzip, "eine Auseinandersetzung ist schon darum nicht möglich, weil wir in dem Nationalsozialisten nicht das gleiche Niveau achten könnten. Wir sehen keine Gegner, mit dem wir die Klinge kreuzen können", so Kurt Schumacher. Wie jeder andere gemeine und heimtückische Verbrecher können Faschisten nur Objekte polizeilicher Verfolgung sein.

Der Antifaschismus war eine der wenigen gemeinsamen Positionen der Verfassungsväter und -mütter, gingen ihre Vorstellungen auch sonst auseinander. Erst die Politiker haben den konstitutiven Antifaschismus der Verfassung zu einem beliebigen Antitotalitarismus verbogen, um ihn im politischen Alltag zu entwerten und in sein Gegenteil zu verkehren. Deutsche Politiker sind wegen der besonderen Belastung und Verknüpfung Deutschlands mit dem Faschismus als erste gefordert, wenn es um die Bekämpfung des Faschismus geht.

Der Kölner "Express" schrieb am 8. Dezember 1983: "So schlimm es ist - in diesem Punkt hat .. Kühnen recht. Seine Organisation kann man verbieten, die Idee tatsächlich nicht. Kein Grund deshalb, nach dem begrüßenswerten Verbot erleichtert aufzuatmen. Zu zahlreich, zu gefährlich sind die lange Zeit auch von Bonn unterschätzten Neo-Nazis. Waren ihre Opfer bisher nicht so prominent, an Brutalität stehen die Rechtsradikalen den Links-Terroristen in nichts nach. Sicher werden die Betroffenen auch nach dem jüngsten Schlag neue Wege finden, sich zu organisieren. Wer sie gewähren läßt, ermutigt sie."

(-/24.1.1984/ks/va)

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Woraus besteht das Dorf

oder: Dorferneuerung nach dem Gusto der Agrar-Lobby

Von Klaus Immer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Jetzt ist der Ressortstreit zwischen Oskar Schneider (CSU), Minister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, und dem Landwirtschaftsminister, Ignaz Kiechle (CSU) entschieden: Die "Dorferneuerung" bleibt bei der Landwirtschaft! Nachdem die Dorferneuerung in der Zeit der sozialliberalen Koalition im "Programm für Zukunftsinvestitionen", genannt ZIP, zwar zugeordnet der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", die Möglichkeit bot, ländliche Gemeinden oder Gemeindeteile zu sanieren und lebensfähig zu erhalten, ist sie jetzt als ureigene Aufgabe der Verbesserung der Agrarstruktur deklariert worden. Das bedeutet natürlich, daß "Dörfer", was immer das heißen mag, nur dann in den Genuß der Förderung kommen können, wenn nachgewiesen wird, daß durch eine solche Förderung eine entscheidende Verbesserung der Agrar-Struktur erreicht wird. So werden alle die Gemeinden, die auch einer Kern-erneuerung bedürfen, damit das Wohnen und Bleiben in den Dörfern attraktiv wird und bleibt, leer ausgehen, die keine Bauern mehr in "ihren Mauern" haben.

Bezeichnend und gleichzeitig entlarvend ist die Bemühung der Bauern-Lobby im Fach-ausschuß, möglichst viel für die Landwirte aus diesem Programm herauszuholen: Entlastung bei der Flurbereinigung, Wirtschaftswegebau, Zuschüsse für Geruchsbe-seitigung bei Gülle-Anlagen und größeren Ställen. - Kein Wort davon, der jungen Generation und den Vereinen zu helfen, Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, etwa durch Ausbau alter Schulen oder anderer leerstehender Gebäude. Die Ökonomie soll allein Vorfahrt haben.

Schade: Wäre mein Vorschlag, seit Jahren wiederholt vorgetragen, verwirklicht worden, nämlich die Dorferneuerung als Sonderprogramm in einem einfachen Verfah-ren und mit einer festen Quote versehen in das Städtebauförderungsgesetz aufzu-nehmen, dann hinge es nicht von dem Vorhandensein einiger Bauern ab, ob ein Dorf erneuert wird. Dann würden Dörfer, Gemeinden und Ortsteile nur nach der Notwen-digkeit beurteilt, ob die Lebensmöglichkeit und die Attraktivität des Wohnens ver-bessert werden muß.
(-/24.1.1984/bgy/va)

+ + +

